



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Technologie

EK	BM	GS	JG
Herrn Lars Klingbeil MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin		EINGEGANGEN - Büro Berlin - 29. Nov. 2012 Lars Klingbeil	
WG an:		WG Bitt:	

Peter Hintze MdB

Parlamentarischer Staatssekretär
Koordinator der Bundesregierung für die
Luft- und Raumfahrt

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 6950
FAX +49 30 18615 5242
E-MAIL peter.hintze@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 28. November 2012

Fragestunde des Deutschen Bundestages am 28. November 2012
Fragen Nr. 81 und 82

Sehr geehrter Herr Kollege, *lieber Herr Klingbeil,*

namens der Bundesregierung beantworte ich die mündlichen Fragen wie folgt:

Frage Nr. 81:

Wie möchte die Bundesregierung – auch vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen auf europäischer Ebene zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten, wer eigentlich die EU-Position auf der World Conference on International Telecommunications (WCIT) in Dubai vertreten soll – sicherstellen, dass es eine abgestimmte Position der EU-Mitgliedstaaten zur World Conference on International Telecommunications (WCIT) geben wird, und wer wird diese gemeinsame EU-Position in Dubai vertreten?

Antwort:

Die Mitgliedstaaten der EU haben sich bereits im Vorbereitungsprozess der World Conference on International Telecommunications sowohl im Rahmen des weltweiten Prozesses bei der International Telecommunication Union als auch im Rahmen des europäischen Vorbereitungsprozesses bei der europäischen Regionalgruppe sehr eng abgestimmt. Diese enge Zusammenarbeit, in die selbstverständlich auch die Europäische Kommission eingebunden sein wird, ist auch bei den Verhandlungen vor Ort in Dubai vorgesehen. Die Rollenverteilung zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedsländern der Europäischen Union wird darauf ausgerichtet sein, die europäischen Interessen auf möglichst effiziente Weise wahrzunehmen.

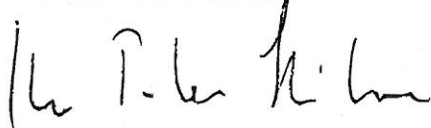
Seite 2 von 2 **Frage Nr. 82:**

Welche Position vertritt die Bundesregierung zur Einschätzung, die seitens des Sekretariats der ITU (International Telecommunication Union) und von einigen Mitgliedstaaten vertreten wird, dass die Internetregulierung, die bislang durch Institutionen wie ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers), IANA (Internet Assigned Numbers Authority) oder IETF (Internet Engineering Task Force) verantwortet werden, nicht mehr ausreichend sei, und welche Position vertritt die Bundesregierung zu der daraus vom Sekretariat der ITU und einigen Mitgliedstaaten gezogenen Schlussfolgerung, dass die ITU nun neben dem Internet Governance Forum (IGF) die WCIT mit der Internet-Regulierung betrauen und damit offensichtlich auch Abstand vom bislang gewählten Multi-Stakeholder-Dialog nehmen möchte?

Antwort:

Die Bundesregierung unterstützt in Fragen, die das Management des Internets betreffen, das Multi-Stakeholder Modell, wie es u. a. bei ICANN erfolgreich praktiziert wird. Sie sieht daher keine Notwendigkeit, Fragen der Verwaltung und Koordinierung kritischer Internetressourcen – sei es zur Vergabe von IP-Adressen, sei es zur Verwaltung von Domännennamen – in die ITU und damit in das VN-System zu integrieren.

Mit freundlichen Grüßen





Bundesministerium
für Wirtschaft
und Technologie

Ablage	Justiziarlat	WK
z. K.	EINGEGANGEN	
WV	29. Nov. 2012	
Büro	Brigitte Zypries, MdB	
WL an:	AE:	

Frau
Brigitte Zypries MdB
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Peter Hintze MdB

Parlamentarischer Staatssekretär
Koordinator der Bundesregierung für die
Luft- und Raumfahrt

HAUSANSCHRIFT Schamhorststraße 34-37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 6950

FAX +49 30 18615 5242

E-MAIL peter.hintze@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 28. November 2012

Fragestunde des Deutschen Bundestages am 28. November 2012 Fragen Nr. 83 und 84

Sehr geehrte Frau Kollegin, *liebe Frau Zypries,*

namens der Bundesregierung beantworte ich die mündlichen Fragen wie folgt:

Frage Nr. 83:

Wann wird die Bundesregierung ein umfassendes und ressortübergreifendes Internet-Governance-Konzept vorlegen, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung – nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der in dem Fachgespräch der Projektgruppe Internationales und Internet Governance der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft am 19. November 2012 offensichtlich gewordenen Defizite in diesem Bereich – ergreifen, um die dringend gebotene Koordination zwischen den beteiligten Ressorts zu verbessern?

Antwort:

Internet Governance in einem weiten Verständnis betrifft eine Reihe von Themen, die in den verschiedenen Ressorts betreut werden – so werden etwa Fragen des geistigen Eigentums im Bundesministerium der Justiz, Fragen der Sicherheit im Bundesministerium des Inneren und Fragen der Telekommunikationsinfrastruktur im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sowie außen- und sicherheitspolitische Implikationen im Auswärtigen Amt behandelt. Bei all diesen Fragen besteht eine enge und gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen den Ressorts – ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Vorbereitung des G8-Gipfels im vergangenen Jahr oder die Vorbereitung der World Conference on International Telecommunications, die in wenigen Tagen in Dubai beginnt.

Bei Fragen der Internet Governance im engeren Sinn – nämlich bei der Frage der Vergabe und Koordinierung kritischer Internetressourcen – hierzu gehören die IP-Adressen sowie das System der Domainnamen durch das US-Unternehmen ICANN – liegt die Federführung beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Das BMWi vertritt die Bundesregierung auch im Regierungsbeirat GAC bei ICANN. Die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts erfolgt auch hier reibungslos. BMWi beteiligt die anderen Ressorts im Vorfeld von Entscheidungen – gelegentlich nehmen auch andere Ressorts an den GAC-Sitzungen teil.

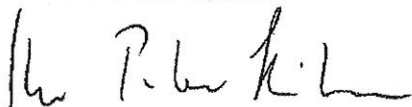
Frage Nr. 84:

Welche Position wird die Bundesregierung auf der World Conference of International Telecommunications (WCIT) vom 3. bis 14. Dezember 2012 in Dubai – vor dem Hintergrund der im Vorfeld von einigen Seiten geforderten stärkeren Kontrolle und Regulierung des Internets im Rahmen der International Telecommunication Union (ITU) – vertreten, und wird sie an der Auffassung festhalten, dass die Administration des Internets weiterhin von der Regulierung im Rahmen der International Telecommunication Regulations (ITR) ausgenommen bleibt?

Antwort:

Der ungehinderte Zugang zum Internet ist unverzichtbar für unsere Gesellschaften. Für die Bundesregierung sind die Ziele Offenheit, Transparenz und Freiheit des Internets Voraussetzungen dafür, dass das Internet seine herausragende Rolle als Motor gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen behält. Grund- und Menschenrechte wie Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit müssen im Internet genau so geschützt sein wie in der Offline-Welt. Eine Regulierung des Internets ist nach Auffassung der Bundesregierung nicht Gegenstand der ITRs und soll es auch nicht werden. Insbesondere lehnt die Bundesregierung Bestrebungen ab, in den ITRs Regelungen zur Internetkriminalität, zu Internetinhalten oder zur Netzneutralität zu treffen.

Mit freundlichen Grüßen





Herrn
Gerold Reichenbach
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Anne Ruth Herkes
Staatssekretärin

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 6870

FAX +49 30 18615 5144

E-MAIL buero-st-herkes@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 30. November 2012

Schriftliche Fragen an die Bundesregierung im Monat November 2012 Fragen Nr. 252 und 253

Sehr geehrter Herr Reichenbach,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Fragen wie folgt:

Frage Nr. 252

Wer ist Mitglied der deutschen Delegation bzw. wer begleitet die deutsche Delegation (bitte detailliert aufschlüsseln) bei der World Conference on International Telecommunications (WCIT) vom 3. bis 14. Dezember 2012 in Dubai, und aufgrund welcher Erwägungen wurde die Auswahl jeweils (bitte detailliert begründen) getroffen?

Antwort:

In der deutschen Delegation vertreten sind das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Abteilung IT-, Kommunikations- und Postpolitik), das Auswärtige Amt (Organisationseinheit für Cyberaußenpolitik, Generalkonsulat Dubai) und das Bundesministeriums des Innern (Abteilung für Informationstechnik). Die jeweiligen Regierungseinheiten nehmen aufgrund der dort wahrgenommenen Zuständigkeiten für Fragen, die im Rahmen der WCIT erörtert werden, teil. Daneben werden Verbände und Unternehmen in der deutschen Delegation teilnehmen, auch die Zivilgesellschaft wird in der deutschen Delegation vertreten sein. Die Bundesregierung vertritt zu allen Fragen des Managements des Internets eine am Multi-Stakeholder-Ansatz orientierte offene Politik. Sie hat deshalb alle Personen und Organisationen aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft sowie technischer und wissenschaftlicher Gemeinschaft, die ein fachliches Interesse an

Seite 2 von 2 der Mitarbeit während der zweiwöchigen Konferenz bekundet haben, in die Delegation aufgenommen.

Frage Nr. 253

Welche zivilgesellschaftlichen Gruppen wurden angesprochen und zur Begleitung auf die World Conference on International Telecommunications (WCIT) vom 3. bis 14. Dezember 2012 eingeladen, und aufgrund welcher Erwägungen wurde diese Auswahl getroffen?

Antwort:

Bei den Informationsveranstaltungen zur WCIT, die das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie am 3. Mai und am 27. September 2012 ausgerichtet hat, hat die Bundesregierung auf die Möglichkeit der Teilnahme für alle Interessierten aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, technischer und wissenschaftlicher Gemeinschaft an der WCIT in der deutschen Delegation hingewiesen. Zu der Informationsveranstaltung am 27. September 2012 wurde eine öffentliche Einladung an alle an der Konferenz Interessierten auf die Homepage des BMWi gestellt. Darüber hinaus wurde eine Anzahl von Mitgliedern der Zivilgesellschaft und der technischen und wissenschaftlichen Gemeinschaften – soweit sie aus der fachlichen Zusammenarbeit bekannt waren – gezielt eingeladen.

Mit freundlichen Grüßen

Anne Ruth Heiles